

Dresdner Volkszeitung

Polstreckkonto: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnummer 80 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Komparatzeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3spaltige Reklamzeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme am vorgeschriebenen Tagen. Für Briefverbreitung 60 Pf.

Nr. 53

Dresden, Freitag den 3. März 1922

33. Jahrg.

Politik und Geschäft

Die französische Öffentlichkeit steht unter dem sehr starken Eindruck von zwei Gerichtsverfahren. Die eine ist die Verhaftung des Direktors der Banque Industrielle de Chine, Bernette, die andere die Haftentlassung des gewissen radikalen Abgeordneten Paul Meunier, den Clemenceau einsperren ließ und der jetzt, ohne Gerichtsverhandlung, vom Anklagenot mangels stichhaltigen belastenden Materials freigelassen wurde. Paul Meunier sah 28 Monate unbeschuldig, wie es jetzt vom Gericht festgestellt wurde, in Untersuchungshaft; er ist während des Krieges auf einer Reise in seinem Wahlbezirk in Ruhe, ohne irgendwelche vorhergehende Verhinderung von Clemenceaus Vorgesetzten, auf Weisung des Unterstaatssekretärs Ignace, eines Ratschens, der die ganze infame Kriegsgeschichte noch einmal zu verantworten haben wird, verhaftet worden. Die Verhaftung Paul Meuniers war ein Glied in der Kette von Spionage- und Hochverratsprozessen, mit denen die Regierung Clemenceaus ihre gefährlichen, weil bedeutenden politischen Gegner, vor allem Cailaux und Malon, aus dem Wege zu räumen suchte. Paul Meunier gehörte diesem Kreis von Politikern an und so ließ ihn Clemenceau einfach ins Loch stecken. Dabei hatte er, als berühmter Rechtsanwalt, noch eine Unvorsichtigkeit begangen. Ein reicher Geldmann österreichischer Herkunft (er soll Rosenbergs heißen) hatte mit einer anderen internationalen Finanzhälfte, dem Rumänen Margulies, einen Streit, der um Millionen ging. Rosenbergs nahm des Ministerpräsidenten Bruder, Albert Clemenceau, zu seinem Advokaten, dieser ließ aber auf den schwer zu besiegenden Widerstand des gewandten, einflussreichen Paul Meunier. In der französischen Presse wird mit großer Bestimmtheit behauptet, daß Paul Meunier darum zum Hochverräter und eingesperrt werden mußte, weil die Familie Clemenceau ihrem reichen Klienten auch auf diese Weise dienen wollte. Die Enthaltung Paul Meuniers ist ein schwerer Schlag gegen den Einfluß Clemenceaus und seiner Gruppe, der Tardieu und der anderen, die den unverföhnlichen Satz gegen alles predigen, was nur irgendwie mit Vernunft und Frieden zusammenhängt, die sogar Poincaré als einen Defizitisten bekämpfen und die oben die Rückkehr Clemenceaus zur Macht vorbereiten.

Mit der Enthaltung Paul Meuniers ein Angriff auf die auswärtige Politik Clemenceaus, so sind die Verhaftung Bernettes und die sich daran knüpfenden politischen Bestrebungen die Abwehrmaßregel der Unversöhnlichen um Clemenceau. Hinter dem Direktor der Chinabank, Bernette, stehen nämlich die Brüder Verthelet, der Senator, der Verwaltungsrat der Bank gemeldet ist, und sein Bruder André, der mächtige politische Direktor des Justizministeriums. Die Linie führt dann weiter zu Loucheur, Brand, Millerand. Ein Pariser Wochenblatt berichtet, daß die Kosten der Präsidentenwahl Millerands, die 600 000 Frank betragen, von der Chinabank aufgebracht worden sind. Dafür arbeitete das auswärtige Amt unter Millerands Ministerpräsidenten für die Chinabank und suchte insbesondere die britische Regierung für die Schließung der Bank zu interessieren. Da Clemenceau und Tardieu durch Verthelet verdrängt wurden, sehen diese nun ihre Stunde gekommen und wollen Verthelet und seinen Hinter- und Vordermännern bezugslos. Tardieu und Ignace (Clemenceaus Unterstaatssekretär) forderten die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Geschäfte der Chinabank und zur Aufhebung der Zusammenhänge zwischen Politik und Finanzen. Der „Matin“, eines der schmutzigsten Geschäftsblätter der Welt, der aber andererseits mit einer anderen Kapitalistengruppe verbunden ist und heute der Politik Poincarés zu dienen scheint, hat sich die Sittenrichtertoga angelegt und schreibt:

Das Land will endlich wissen, was an den zahlreich verbreiteten Gerüchten wahr und was Verleumdung ist. Es will wissen, ob es wahr ist, daß Politiker und Pressevertreter von der Banque Industrielle de Chine Schmiergelder angenommen haben, ob Verthelet das Interesse seines Landes oder seines Bruders vertritt, ob Dato, der Generalsekretär des Ministeriums des Reiches unter Clemenceau, wirklich während des Krieges Geschäfte mit dem Feinde gemacht hat oder nicht, ob mehrere mit Auslandsbanken betraute Kommissionen nur aus Unfähigkeit oder aus anderen Gründen Millionen bezogen haben, ob Paul Meunier nur deshalb verhaftet worden ist, um einen deutschösterreichischen Klienten des Reichsanwalts Albert Clemenceau, des Bruders von Georges Clemenceau, zu retten. Die Untersuchung muß ferner feststellen, wie es kommen konnte, daß trotz dem Verbote der Einfuhr fremder Effekten und der Devisenregulierung im Jahre 1918 eine Spekulation in Wertpapieren ausländischer Petroleumgesellschaften betrieben werden konnte, sie muß klären und klar die Beziehungen aufdecken zwischen Politik und Petroleum, zwischen Politik und funderstärkter Rück, zwischen Politik und Banken, damit man endlich weiß, wer eigentlich die anständigen Leute sind. Diese Aufklärung mag genügen, um zu zeigen, auf welche Enthaltungen man sich in den nächsten Wochen gefaßt machen darf.

Es wäre ein Segen, wenn sich diese reißenden Wölfe gegenseitig aufreiben würden, aber dafür besteht wenig Hoffnung. Jedenfalls wird sich aber nun über Frankreich eine Flut von Enthaltungen ergießen, die wenigstens einen Einblick in die Verhältnisse der hohen Politik und des großen Geschäftes gestatten und vielleicht mit zur Aufklärung der Massen beitragen werden.

Gegen die Einheit des Proletariats

In einer Sitzung der erweiterten Exekutive in Moskau hat nun auch die 3. Internationale Stellung genommen zu der Frage der proletarischen Einheitsfront und der Teilnahme der Kommunisten an einer internationalen Konferenz mit der 2. und der Wiener Internationale.

Enowjew hielt ein langes Referat. Er erklärte: Es wäre eine Verleumdung, egoistische Interessen der Sowjetrepublik als Ursache der neuen Taktik der Kommunistischen Internationale auszugeben. Die Parole der Einheitsfront werde nicht erst heute von den Kommunisten ausgegeben, Lenin habe bereits vor fast zwei Jahren in seiner Broschüre „Die Hindernisse des Kommunismus“ den englischen Kommunisten bei den Wahlen des Zusammengehens mit der Labour Party empfohlen. Das Beschließen der proletarischen Revolution nach 1919 habe die Arbeiterkampfuntätigkeit gemacht und dem Reformismus den Boden geebnet. Doch jetzt beginnen die Arbeiter infolge der Offensive des Kapitals einzuschließen, daß sie ohne den Kampf nicht einmal ein größeres Stück Brot erringen können und daß sie geschlossen vorgehen müssen, um in diesem Kampfe zu siegen. Jetzt wollen alle Arbeiter einheitlich zusammengehen, und wer das nicht will, der ist ein Feind der Einheit und kein Kommunist.

Sinowjew wendet sich dann gegen die Verschwommenheit, in der mancherorts auch die Verschmelzung der Parteien gefordert wird:

Diese Forderung sei für die Kommunisten unannehmbar. Dagegen müßten sich die Kommunisten an die Spitze der Bewegung für ein geschlossenes Vorgehen aller Arbeiterparteien stellen. Die Spaltung war notwendig, um eine kommunistische Avantgarde zu bilden, doch jetzt sei der historische Zeitpunkt gekommen, wo man den Massen zeigen müsse, daß diese Spaltung nicht Selbstzweck war, sondern nur die Voraussetzung zur Schaffung einer wahren Einheit.

Es ist unnötig, auf die Sinnlosigkeit dieser Ausführungen noch besonders hinzuweisen. Die deutsche Arbeiterklasse ist nicht dumm genug, um diese Spaltendebatte ohne Widerspruch hinzunehmen, daß die Spaltung notwendig war, um die „wahre Einheit“ herzustellen.

Die Schreckensherrschaft der Bojaren

In Bukarest findet zur Zeit ein sogenannter Kommunistenprozess statt, der ein scharfes Licht auf die innerpolitische Situation Rumaniens wirft. Die Sieger wie die Niedergeworfenen des Weltkrieges stöhnten unter den Wunden des Kampfes, Rumänien macht keine Ausnahme. Es hat Siebenbürgen und ein Stück der Bukowina geklaut; es kann die neuen Ländererben zwar staatsrechtlich nicht richtig verdauen, aber die Getreideflächen sind gewachsen und man sollte meinen, daß Rumänien Brot genug für alle Landesfinder hätte. Statt dessen verdrängen die Bojaren das Getreide über die Grenze und die Massen dieses Agrarlandes hungern. Kein Wunder, daß sie die Fäuste gegen die Regierungen halten, die seit dem Kriege bald Vranianu, bald Averescu, bald Take Jonescu hießen.

Nach altem Jumentbrauch suchen sich die Bojaren mit Gewaltmitteln in der Herrschaft zu halten. Die Industrie ist noch schwach, die Landarbeiterschaft kann nicht lesen und schreiben — sieht also eine Sanddole „Heber“ in die Kerker, und es wird Ruhe. Seit einem Jahre schwachen mehr als 300 Arbeiter wegen „Komplotts gegen die Staatsicherheit“ im Gefängnis. Das Komplott besteht darin, daß sie dem letzten Kongress der Kommunistischen Internationale angehört haben. Alte sozialistische Führer, wie die Genossen J. C. Primu und Dr. Kroneanu, wurden im Gefängnis zu Tode mißhandelt, andre „auf der Flucht“ erschossen. Zwischen diese Greuelthaten hinein regnet es Verurteilungen zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. Alles das, weil die unersetzten Schichten Rumaniens der mittelalterlichen Herrschaft ihrer Großgrundbesitzer überdrüssig werden und, aufgeweckt durch den Weltkrieg und seine Folgen, die Staatsbürgerrechte Westeuropas verlangen.

Die geschundenen und verfolgten rumänischen Sozialisten, Kommunisten und Männer der Arbeiterbewegung rufen das internationale Proletariat um Hilfe an. Gegen das gorhische Schreckensregiment in Ungarn, dessen gelehrige Schüler die Averescu und Jonescu sind, protestierten die deutschen und die österreichischen Gewerkschaften durch Warenverweigerung. Es bleibt zu prüfen, ob die Arbeiterorganisationen Mittel wirtschaftlichen Zwanges nicht auch gegen Rumänien anzuwenden haben. In der kommunistischen Presse werden gegen das Bukarester Schreckensregiment scharfe Worte geschleudert, und die kommunistische internationale Pressekorrespondenz verbreitet den Aufruf eines rumänischen Genossen.

Dieses Vorgehen ist notwendig. Aber noch besser wäre es, wenn die Kommunisten aus diesen Beispielen lernten. Bis heute hat sich noch kein kommunistisches Blatt dazu aufgestellt, die bolschewistische Gewalt Herrschaft zu verurteilen, und wir müßten die Anhänger des Sowjetismus, die den weichen Schrecken Rumaniens mit Entrüstung verfluchen, wieder einmal fragen: Und wie geht's den Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären in Russland? Auch von ihnen wurden Hunderte seit Jahren im Arker festgehalten und alte erprobte Führer der russischen Arbeiterbewegung sollten

Die kommunistische Internationale will die Einheitsfront gar nicht. Was Enowjew nur durchblicken ließ, der Korrespondent Renault (Frankreich) gab es offen zu. Er wandte sich scharf dagegen, mit der sozialistischen Partei eine Einheitsfront zu bilden. Ihm sind sogar die deutschen Kommunisten noch zu zahm!

Die französische Partei könne die parlamentarische Unterstützung, die die Kommunisten in Sachsen, Thüringen und Schweden den Sozialdemokraten gewähren, nicht billigen.

Den Plan einer internationalen Konferenz erklärte er für unannehmbar:

An einer Konferenz teilzunehmen, auf der auch die französischen Sozialdemokraten vertreten wären, würden sich die revolutionären Sozialisten Frankreichs weigern.

Die Kommunisten haben das Banner der internationalen Einheitsfront längst auf den Rekrutenhäufen geworfen. Auch die schönsten Drehungen und Wendungen, mit denen sie die Einheitsfront zu einer internationalen Sozialistenkonferenz wahrscheinlich beantworten werden, können die Arbeiterklasse über diese Lathode nicht mehr forttäuschen.

Lloyd Georges Drohung

Am 2. März. Eine Londoner Meldung der hier erscheinenden Cologne Post bekümmert, daß Lloyd George an Arthur Chamberlain einen Brief geschrieben hat, in dem er ihm auseinandersetzt, daß er nicht länger mit ihm zusammengehen könne, wenn Sir George Haugher als Vorsitzender der konservativen Partei auftreten dürfe. Er sei willens, mit Chamberlain und Balfour zusammenzuarbeiten, solange sie, Vorsitzende der Parteien seien. Der erste Minister kündigte den Führern des unionistischen Flügels der Koalition an, daß sie zwischen zwei Alternativen wählen müßten, entweder sei die Koalition vollkommen egal oder er trete als erster Minister und Führer der Koalition zurück.

ohne Gerichtsverhandlung nach dem Turkestan verbannt werden. Erst der Protest der deutschen Sozialisten milderte das Los der Märtyrer. Sie wurden, weit von ihren Angehörigen, in die Provinz verbannt oder außer Landes verwiesen, so daß sie jetzt nicht im Turkestan zu sterben brauchten, sondern im Exil verhungern dürfen.

Wenn sich die sozialdemokratische Arbeiterklasse gegen irgendwelche Gewalt Herrschaft erhebt, dann selbstverständlich auch gegen die bolschewistische in Russland. Die Unterdrückung Andersdenkender mit Polizeimitteln verliert dadurch nicht an Unmenschlichkeit, daß sie im Namen des Kommunismus verübt wird. Im Gegenteil, die Gewalt — die bedroht die Idee, für die sie angewandt wird, und wo immer europäische Revolutionäre an der Arbeit sind, revolutionäre Proletarier Niederzuknüppeln, verweisen sie auf Russland, reiben die Kerker auf und höhnen: So viel Freiheit wie bei eurem kommunistischen Bruder habt ihr bei uns auch. Kechnlich argumentierte die bayerische Sozialistische Regierung, so trieb es Fortsch, so machen es die rumänischen Bojaren. Und selbst in einem Lande wie Amerika bedienen sich die Herrschenden im Kampfe gegen den Sozialismus des Schreckens auf das russische Beispiel. Denn bolschewistische Gewalt Herrschaft und weicher Schrecken erzeugen einander nicht nur und arbeiten sich gegenseitig nicht nur in die Hand, sondern betreiben ihre Gewalttätigkeit auch mit den gleichen Waffen und Argumenten.

Traurig ist, daß Russland nichts zur Rettung seiner bedrängten bolschewistischen Anhänger in Rumänien tun kann. Die rote Armee hatte bis heute alle Hände voll zu tun, um ihre Bajonette zum Schutz der Moskauer Diktatur bereitzuhalten und nebenbei die junge sozialistische Demokratie Georgiens zu überrumpeln und unter die Herrschaft der Moskauer Diktatur zu stellen. Die rumänischen Kommunisten aber träumten vergeblich von der Hilfe des großen Bruders.

Der Tag wird kommen, da die rumänischen Arbeiter die Gewalt Herrschaft der Bojaren aus eigener Kraft abschütten. Vorläufig herrscht noch ein militärisches Jumentum, dessen politische Ansehen durch den atmosphärischen Ausgang des Weltkrieges in den Augen einer urteilslosen großen Menge mit neuem Scheingold bestreut wurde. Daneben jagt eine Korruptionsaffäre die andre. So hat sich laut „Witsow“ jetzt herausgestellt, daß unter der Regierung Averescu der Staat bei Lokomotivlieferungen um mehr als 3 Milliarden geschädigt wurde. Zu diesen Summenblüten und neuen drakonischen Steuern kommt jetzt der Brotmangel. Das Volk — zum größten Teil analphabetisch und politisch ungeschult — leidet unter der Ausbeutung durch eine Feudalhierarchie, und in den nächsten Tagen wird man hören, wie viele von den 300 Angehörigen des Kommunistenprozesses einem neuen Martyrium entgegensehen.

Es wird hohe Zeit, daß sich das internationale Proletariat etwas mehr um diese Vorgänge kümmert und ein Echo des Abscheus zu den rumänischen Schülern Fortschs hinunterbringen läßt.